Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1898

295 (17.12.1898) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr. Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 17. Dezember 1898.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 15. Dezember.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des schleunigen Antrags Agster (Soz.) auf Einstellung der gegen die sozialdemokratischen Abgg. Stadthagen, Thiele, Schmidt (Frankfurt), Bueb und Schmidt (Aschersleben), schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session. Es handelt sich um lauter Klagen wegen Beleidigung, bei den Abgg. Bueb und Schmidt (Aschersleben) wegen Majestätsbeleidigung.

Das Haus nimmt den Antrag Agster ohne Debatte einstimmig an.

Folgende Rechnungssachen: die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1896/97, die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1897/98, die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1894/95 nebst den dazu gehörigen Spezialrechnungen, einem Vorberichte und den Bemerkungen des Rechnungshofs, die endgiltige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebiets für das Etatsjahr 1895/96 die endgiltige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebiets von Kamerun sowie des südwestafrikanischen Schutzgebiets für das Etatsjahr 1896/97, die zweite vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebiets sowie des Schutzgebiets von Togo für das Etatsjahr 1896/97, die vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der sämmtlichen afrikanischen Schutzgebiete für das Etatsjahr 1897/98 und die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1896/97, bezüglich desjenigen Theils dieser Rechnung, welcher die Reichsverwaltung betrifft, werden ohne Debatte an die Rechnungskommission verwiesen.

Bei der Berathung des Berichts der Reichsschulden-Kommission vom 29. April 1898 bemerkt

Abg. **Gamp** (Rp.): Wieder sind Gelder aus Dispositivfonds in verschiedenen Privatbanken, wie z. B. über 1 Million in der Dresdner Bank angelegt gewesen. Hoffentlich ist das zu angemessenen Zinsen geschehen. Es würde sich empfehlen, wenn auch darüber eine genauere Mittheilung jedesmal zur Kenntniß des Reichstags gebracht wird.

Geheimrath **Aschenborn**: Es handelt sich dabei um Gelder aus dem Reichsinvalidenfonds. Das Gesetz über diesen Fonds bestimmt aber, daß der Reichskanzler in Verbindung mit dem Bundesrath diejenigen Bankhäuser anzugeben hat, deren Vermittlung in Anspruch zu nehmen ist. Der Reichskanzler bringt dann diese Bankhäuser zur Kenntniß der Reichsschuldenkommission, die also darüber selbst nicht entscheidet. Uebrigens handelt es sich nur um eine ganz vorübergehende Anlage flüssig gewordener Mittel.

Darauf wird auch diese Rechnungssache an die Rechnungskommission verwiesen.

Sodann nimmt das Haus einen neuen schleunigen Antrag Agster an auf Einstellung eines gegen den Abg. Melkenbuhr (Sd.) schwebenden Strafverfahrens (ebenfalls wegen Beleidigung) für die Dauer der Session.

Es folgt die Fortsetzung der Etatsberathung und des Schuldentilgungsgesetzes.

Abg. **Bebel** (Soz.): Auf die neue Militärvorlage werde ich jetzt nicht eingehen, sondern nur bemerken, daß wir unsererseits durch die neuen Forderungen nicht überrascht waren. Wir haben bisher niemals erlebt, daß die Reichsregierung irgend eine Gelegenheit, neue Soldaten zu erlangen, unbenutzt hätte vorübergehen lassen, und der Reichstag hat ja auch die Forderungen stets bewilligt. Der Staatssekretär hat neulich auch die armenische Frage erwähnt; nach meiner Meinung haben sich dabei die europäischen Großmächte blamirt, denn ihre Pflicht wäre es vor Allem gewesen, dem Blutvergießen Einhalt zu thun, und diese Pflicht haben sie versäumt. Daß sich unsere Beziehungen zu England wesentlich gebessert haben, freut mich, meine Freunde haben stets den Standpunkt vertreten, daß es verfehlt sei, den Haß gegen England zu schüren. Aus diesem Grunde haben wir ja auch das unselige Telegramm an den Präsidenten Krüger seiner Zeit scharf verurtheilt.

Die Finanzlage ist keineswegs gut, die gesammten Einnahmen werden noch um 3½ Millionen allein für Ausgaben für Militärzwecke übertroffen. Im vorigen Jahre hat der Abg. Hammacher auf Grund seiner genauen Kenntnisse der wirthschaftlichen Verhältnisse schon auf die Möglichkeit einer wirthschaftlichen Depression hingewiesen. Trotzdem aber sind die dauernden Ausgaben fortwährend im Wachsen begriffen, der Kolonialetat, die Marine und das Militär weisen kolossale Steigerungen auf; dazu kommt die Mehrausgabe für Kiautschou; nach dem Urtheil von Sachverständigen müssen wir mindestens 130 Millionen in Kiautschou hineinstecken, um etwas daraus zu machen. Es war mir sehr interessant, in einem Leitartikel der „Kreuzzeitung" zu lesen, daß wir für eigene Kohlenstationen sorgen und die Marine weiter ausbauen müssen. Das ist doch der direkte Hinweis darauf, daß nächstens ein neuer Flottenplan ausgearbeitet wird, und ich habe den Eindruck, daß diese Erwägungen eines solchen Planes von sehr einflußreicher Stelle ausgehen. Sie können sicher sein, daß, noch ehe der jetzige Flottenplan ausgeführt ist, schon wieder ein neuer ausgearbeitet wird, und dann werden die Herren, ebenso wie sie jetzt die Militärforderungen bewilligen, auch die Marineforderungen bewilligen. Die Ausgaben für Reichsheer und Marine haben seit 1888 die Summe von 5996 Mill. Mk. erreicht, das sind 1668 Millionen mehr als in den zehn vorhergehenden Jahren, also durchschnittlich pro Jahr 169 Millionen mehr als früher, und die Parteien sind statt ablehnender immer bewilligungslustiger geworden. Die National-Liberalen haben wenigstens die Taktik befolgt, nicht gleich bei der ersten Lesung umzufallen, das Centrum aber, die jetzige Regierungspartei, fällt immer schon bei der ersten Lesung um. (Heiterkeit.) Wir haben diesmal um so mehr Grund, skeptisch zu sein, weil schon aus der Begründung der Militärvorlage deutlich hervorgeht, daß weitere große Forderungen nachfolgen werden. Wir haben heute ca. 2300 Millionen Mk. Schulden im Reiche, und die 5000 Millionen Franken, die wir als französische Kriegsentschädigung bekamen, sind auch in kurzer Zeit drauf gegangen. Wofür? Zu vier Fünfteln für Militärzwecke. Wenn ich die letzten zehn Jahre des alten Herrn mit den zehn Regierungsjahren des neuen Herrn bezüglich der Militäranforderungen vergleiche, so ist die unverhältnißmäßige Steigerung der Ausgaben auffällig. Ich protestire auch gegen die Geheimnißthuerei in der Budgetkommission, welche die Begründung solcher Militärvorlagen ersetzen soll. Meine Partei wird dieses Spiel nicht mehr mitmachen und die jetzige Vorlage selbstverständlich aufs Aeußerste bekämpfen. In der Kolonialpolitik, die den weiteren Haupttheil der Ausgaben verschlungen, hat man uns Jahr für Jahr auf Erfolge vertröstet. Bis jetzt zeigt sich von Rentabilität keine Spur. Kann es der deutsche Reichstag fortgesetzt verantworten, große Mittel für Zwecke aufzuwenden, die nicht das mindeste Aequivalent bieten?

Statt sich in solche aussichtslosen Kolonialunternehmungen zu stürzen, sollte man sich lieber bemühen, den deutschen Ausfuhrhandel zu heben und ihn nicht durch Ausweisungen von Personen zu stören, die sich nicht im mindesten lästig gemacht haben. Ueber solche Maßregeln ist man im Auslande empört. Das beweisen uns die Resolutionen der Deutschen im Auslande. Wir setzen uns dadurch den stärksten Repressalien aus, nicht seitens der Regierungen, aber seitens der Bevölkerung selbst. Diese Ausweisungen sind barbarische Maßnahmen. Es braucht nur ein guter Nachbar, der einen Konkurrenten beseitigen will, zu denunziren — gleich ist die Ausweisung fertig. Und macht man es mit deutschen Reichsangehörigen besser? Dem Redakteur Heinrich Schulz in Eisenach wurde ohne einen Schein des Rechts die Aufnahme in den preußischen Staatsverband verweigert, weil er einmal wegen eines kleinen Vergehens mit geringer Gefängnißstrafe belegt war. Freilich, er war ein Sozialdemokrat. Wenn im Auslande einem Deutschen das kleinste Unrecht geschieht, dann werden einige Schiffe hingeschickt und die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Das haben wir ja in Haiti gesehen. Aber wenn in Deutschland massenhafte Ausweisungen vorkommen, dann ist das blos recht und billig! Auf seiner Reise ins gelobte Land verlas der Kaiser in Jerusalem ein Aktenstück, daß der Aufenthalt in dem Lande, wo das Evangelium entstanden sei, uns anrege zur christlichen Duldung und zur Bethätigung selbstloser Nächstenliebe an allen Menschen. Kann es einen bitteren Hohn geben! Hier wird der gesammten Menschlichkeit die Bruderliebe gepredigt. Was müssen die Leute in Holland, Dänemark und Oesterreich denken, wenn sie das lesen! Wenn sie solche Phrasen . . .

Präsident **Graf Ballestrem**: Ich unterbreche den Redner. Er handelt gegen die Ordnung des Hauses, wenn er ein feierliches Aktenstück, das vom deutschen Kaiser verlesen worden ist, hier als Phrase bezeichnet. Ich rufe ihn deswegen zur Ordnung. (Beifall rechts).

Abg. **Bebel**: Ich überlasse das dem Urtheil der öffentlichen Meinung. (Unruhe rechts; Beifall bei den Sozialdemokraten). Die Sozialdemokraten, obgleich sie keine Christen sind, leben mehr nach solchen Grundsätzen als die Leute, welche nur beten. Der Herr Reichskanzler ist leider nicht hier; natürlich hat er Wichtigeres zu thun: er ist auf der Saujagd. (Große Heiterkeit. Hört, Hört! links). Man vergleiche die schönen Grundsätze mit den grausamen, unmenschlichen Thaten!

Was wird uns Sozialdemokraten nicht alles in die Schuhe geschoben! Ich erinnere nur an den Erfurter Krawall. Da ist nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht worden, daß die Sozialdemokraten ihn veranlaßt hätten. Selbst der Bürgermeister hat es nicht gewagt, diese Anschuldigung vor Gericht zu wiederholen. Im Gegentheil, unsere Parteigenossen haben gerade dazu aufgefordert, jeder anständige Arbeiter solle der Sache fern bleiben. Von dem Minister von der Recke ist ein Erlaß veröffentlicht worden, wonach, wenn von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werde, dieses in vollem Maße einzutreten habe und sogenannte Schreckschüsse zu unterlassen seien (Hört! hört! links). Früher hieß es: Erst wenn die Schreckschüsse nicht ausreichen, soll von der Waffe Gebrauch gemacht werden; jetzt aber heißt es einfach: Sobald es losgeht, dann gleich in die Kanaille hinein! (Unruhe rechts.) Daran, daß das Gesetz bei solchen Gelegenheiten erst die Aufforderung an die Menge vorschreibt, auseinanderzugehen, wird garnicht mehr gedacht! Weiter heißt es in dem Erlaß: es soll nicht mit flachen, sondern scharfen Klingen eingehauen werden. In der That, es ist sehr menschlich, was der Minister Seiner Majestät des Königs von Preußen seiner Polizei vorschreibt. Früher hat man hiergegen Schläuche angewandt. Jetzt heißt es: Nichts mehr mit derlei Dingen! Nein, scharf muß eingehauen werden! Blut muß fließen! Denn: Blut ist ein ganz besonderer Saft. (Beifall links.) Das nennt man die Ordnung aufrecht erhalten in einem christlichen Staat. Nach einer weiteren Verordnung sollen Anträge um militärischen Beistand für Orte ohne Garnison stets an das General-Kommando gerichtet werden, da das General-Kommando allein übersehen könne, welche Truppentheile verfügbar sind. Dabei sollen Abtheilungen von geringerer Stärke als eine Kompagnie zur Unterdrückung von Unruhen nicht mehr ausgegeben werden. (Hört, hört! Heiterkeit links.) Ich nehme an, dem Kriegsminister wird diese Verordnung bekannt sein, und er wird uns dann ja vielleicht auch Gründe für diesen wunderbaren Erlaß angeben können. Solch ein Erlaß wäre vielleicht verständlich, wenn der Belagerungszustand über uns verhängt wäre. Heute bringen die Zeitungen einen, allerdings schon zwei Jahre alten kriegsministeriellen Geheimerlaß, worin es heißt: „Es wird den Truppenkommandos der Befehl ertheilt, bei Aufruhr, Aufständen und dergl., überhaupt bei derartigen Vorkommnissen, die einen revolutionären Charakter anzunehmen scheinen, als sozialistische Führer bekannte Persönlichkeiten vorläufig festzunehmen". (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Der Erlaß ist unterzeichnet: von Bronsart, Kriegsminister, und auch Hahnke, Chef des Militärkabinets. Dies scheint auf die Quelle des Erlasses zu schließen, vielleicht verdanken alle diese geheimen Erlasse ihre Entstehung dem Militärkabinet. Was glaubt man denn eigentlich von uns? Wofür hält man uns? Meint man denn, daß wir eine große Verschwörergesellschaft sind? Dies hat Angesichts solcher Erlasse beinahe den Anschein. Es ist uns aber niemals auch nur im Traum eingefallen, eine derartige allgemeine Verbindung zu organisiren, denn wenn wir es wirklich versuchen wollten, so würde es keine vierzehn Tage dauern und die Behörden wären von der Existenz dieser Organisationen unterrichtet. Selbst unter dem Sozialistengesetz haben wir etwas derartiges niemals versucht. Damals hat man eine Rotte der zweideutigsten Menschen gegen uns gehetzt. Bei solchen Erfahrungen wäre es doch die größte Thorheit, wenn wir Verschwörungen anzetteln wollten. Wir haben das ja auch ganz und garnicht nöthig. Wir kommen mit der Oeffentlichkeit und Wahrheit am allerweitesten. Unser Standpunkt ist: Gründe gegen Gründe, Reden gegen Reden, in der freien Oeffentlichkeit. Aber gegenüber unsern sachlichen Gründen verbreitet man gegen uns nur ganz gemeine Pamphlete, in denen die gemeinsten Verleumdungen gegen unsere Führer enthalten sind. (Widerspruch rechts.) Mich faßt manchmal ein wahrer Ekel über die geistigen Kämpfer auf jener Seite. (Unruhe rechts.) Der letzterwähnte Erlaß scheint von einem Offizier verfaßt worden zu sein, der von politischen Dingen nicht die allergeringste Ahnung hat. Denn die sozialistischen Führer sollen selbst dann festgenommen werden, wenn gar keine Sozialdemokraten an dem Krawall betheiligt waren, ja, wenn von der sozialdemokratischen Parteileitung sogar vor dem Krawall gewarnt worden ist. Wenn ich mich nicht sehr irre, stammt dieser Erlaß gerade aus derselben Zeit, wo uns der Herr Bronsart von Schellendorff pathetisch zurief: „Gegen die Sozialdemokraten genügt die Feuerspritze!" Nun, Herr von Schellendorff scheint ja kein rechtes Vertrauen in die Feuerspritze mehr zu setzen. (Heiterkeit.) Seit Jahren wird schon bei allen Gelegenheiten offiziell von den Sozialdemokraten als von dem inneren Feind gesprochen. Da muß man im Ausland doch wirklich denken, daß Deutschland ein einziges, großes, gefülltes Pulverfaß sei, das beim geringsten Anlaß in die Luft fliegen könnte. Meinen Sie denn, daß so etwas dem Ansehen des deutschen Reiches nützt? Aber wenn bei offiziellen Gelegenheiten stets so von den gefährlichen Sozialdemokraten gesprochen wird, ist es ja auch kein Wunder, wenn man in schlaflosen Nächten sich mit der Idee befaßt: Was kann man eigentlich gegen die Kerls thun? Während des Sozialistengesetzes hat man hundertfach versucht, uns zu provoziren, wir haben uns nicht provoziren lassen, die Versucher sind regelmäßig abgeblitzt. So wird es auch weiter geschehen. Aber auf alle Fälle ist es gut, wenn derartige Erlasse bekannt werden, damit wir unsere Feinde kennen lernen. Wir wissen jetzt, wie wir uns zu verhalten haben.

Der Abg. Bassermann meinte, man würde sich sehr irren, wenn man glaube, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt erreicht habe, mit Polizeimaßregeln könne man gegen die Sozialdemokraten nichts machen. Diese Worte des Abg. Bassermann haben bei uns einen sehr angenehmen Eindruck gemacht. Früher dachten die National-Liberalen anders. Noch vor fünf Jahren haben sie in Frankfurt den großen Generalmarsch gegen uns geschlagen, dessen Folge die Umsturzvorlage war. Es scheint ja jetzt, daß die National-Liberalen durch die Erfahrung etwas gelernt haben. Man hat sich in den letzten Jahren darüber gestritten, wer eigentlich die Nährväter der Sozialdemokraten gewesen sind, und hat auf das bekannte Wort des Fürsten Bismarck hingewiesen, daß die Fortschrittspartei die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei. Aber wenn man ein Wort auch noch so oft wiederholt, deshalb wird es doch nicht wahr. Einzig und allein die kapitalistische Entwicklung hat die Sozialdemokratie geboren. Es ist, wie ich nochmals betone, nicht wahr, daß die sozialdemokratische Bewegung den Höhepunkt überschritten hat. Die Bedrohung der Volksrechte, all die arbeiterfeindlichen Maßregeln haben uns bei den Wahlen geholfen. Die großen Herren im Osten unterstützen uns ebenfalls, denn ihre Arbeiter und Instleute müssen wie die Hunde leben. (Widerspruch rechts.) In ganzen Schaaren sind die Arbeiter fortgelaufen, weil sie schlecht behandelt und ungenügend bezahlt wurden. Der Prozeß, den der Oberpräsident von Wilamowitz-Möllendorf in Posen gegen den „Vorwärts" angestrengt hat, hat enthüllt, wie erschreckend die Zustände auf den ostpreußischen großen Gütern waren. Dies sind Bilder aus dem Kulturland Preußen! Man hat uns von konservativer Seite auch vorgeworfen, Väter des Anarchismus gewesen zu sein. Auch da hat Herr Bassermann den vernünftigeren Standpunkt eingenommen. Vielleicht hat er seine Informationen aus sozialdemokratischen Blätter geschöpft. (Heiterkeit). Herr von Kardorff dagegen hat mit dem ihnen eigenen Pathos die größten Vorwürfe gemacht und auch von der fortwährenden Vergiftung und der maßlosen Hetze der sozialdemokratischen Presse gesprochen. Aber wo in aller Welt ist denn bei uns eine maßlose Kritik möglich, wo man bei jeder Gelegenheit sofort gegen uns vorgeht? In keinem Lande der Welt bestehen so wenig politische Rechte wie in Deutschland. Es ist doch geradezu jammervoll, daß wir hier schon Jahre lang vergebens darum kämpfen, daß das Verbindungsverbot der politischen Vereine aufgehoben wird. Auf dem Papier stehen freilich eine ganze Zahl von Rechten, aber für uns sind sie in der Praxis nicht vorhanden, weil kein Hahn danach kräht, wenn sie verletzt werden. Sie freilich (nach rechts) können gut von unsern Rechten reden. Wer die Macht in Händen hat, der kann bald sagen, daß unsere Rechtszustände nichts zu wünschen übrig lassen. Auch Graf Limburg-Stirum versucht den Anarchismus gegen uns auszuspielen. Er hat aber nicht die geringste Ahnung von dem Wesen und der Abkunft des Anarchismus. Sozialdemokratie und Anarchismus haben eine gemeinsame Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, damit aber hört auch die Gemeinschaft auf. Bei uns werden die Anarchisten von der Polizei in der allerunerhörtesten Weise chikanirt. Was wir in Deutschland an anarchistischen Attentaten gehabt haben, ist durch die Polizei großgezogen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von dem geplanten Attent auf dem Niederwald hatte ein Polizeikommissar Kenntniß, in Zürich führte ein preußischer Polizeispion den Vorsitz in einer Versammlung von 13 Personen, darunter 5 Polizeibeamte, die Attentate beschlossen. Die Polizei ließ sie gewähren, denn man brauchte in Deutschland Attentate. (Lachen rechts). Von jeher sind es Vertreter der bürgerlichen Parteien gewesen, die an Attentaten betheiligt waren, ich erwähne nur die Ermordung Kotzebues, die sieben Attentate auf Louis Philipp, die zwei Attentate auf Franz Josef, die auf König Wilhelm und auf Fürst Bismarck. Kennen sie nicht das Bild, auf welchem das Attentat gegen Bismarck dargestellt ist? Der Teufel reißt dem Angreifer die Pistole aus der Hand mit den Worten: „Halt, der gehört mir!" (Unruhe und Heiterkeit). In seiner Etatsrede hat der Abg. Bassermann auch gesagt, die Sozialdemokraten hätten in der Schutzzollfrage eine Schwenkung gemacht. Das ist nicht der Fall; wir halten auch heute noch die Schutzzollpolitik für unvereinbar mit den Interessen des Proletariats. Natürlich ändern wir unser Programm, sobald wir etwas zu ändern für nöthig befinden, wir glauben doch den Stein der Weisen gefunden zu haben, und tragen keinen Anstand, sobald wir zu einer besseren Erkenntniß gekommen sind, dieser Erkenntniß Ausdruck zu geben. Aber glauben Sie nicht, daß wir deshalb uns Ihrem Standpunkt (nach rechts) nähern. (Abg. Singer: Sehr gut!) Das Reichsarbeitsamt, das der Abg. Bassermann jetzt verlangt, haben wir schon vor langen Jahren vorgeschlagen, Sie aber haben unsere Vorschläge zurückgewiesen, und es ist ein großer moralischer Erfolg für uns, daß Sie sich jetzt zu unserer Ansicht bekehrt haben. Ebenso haben wir nichts dagegen, wenn die Gelder der Invaliditätskasse zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet werden, wofern die Gelder an Gemeinden oder Vereine gegeben werden. Aber dagegen, daß die Gelder an große gewerbliche Unternehmer ausgeliehen werden, protestiren wir, denn die Arbeiter werden auf diese Weise nur noch mehr abhängig von den Unternehmern. Mit dem Abg. Bassermann bin ich der Ansicht, daß die Sozialreform ins Stocken gekommen ist, ja sie ist sogar verschlechtert worden. Man thut so groß von der bevorstehenden Reform der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung, aber nach dem, was wir darüber gehört haben, kommt für die Arbeiter nichts dabei heraus, sondern nur für die Agrarier. Gegen die Mißstände in Bäckereien ist die Regierung bis heute nicht eingeschritten, der Achtuhrladenschluß ist ein frommer Wunsch geblieben, gegen Arbeitervereinigungen geht die Regierung auf alle mögliche Art und Weise vor. Nicht einmal der Bergarbeiterschutz ist ausreichend, die Zahl der Unfälle hat sich beständig vermehrt, und es geschieht nichts, weil die Unternehmer diese Schutzmaßregeln bekämpfen. Angesichts der kolossalen Unternehmergewinne sollte man doch endlich etwas für die Arbeiter thun. Der Bauarbeiterschutz ist ebenfalls bisher nicht durchgeführt, überall sehen wir Arbeiterfeindlichkeit und Unterdrückungspolitik. Auf dem Papiere steht allerdings gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Aber in der Praxis gehen die Arbeitgeber bei Vergehungen straflos aus, während die Arbeiter den strengsten Strafen anheimfallen. So lange solche Zustände existiren, werden wir gegenüber jedem Etat Nein sagen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **von Goßler**: Die Ausführungen des Vorredners über den Waffengebrauch gehen von der Ansicht aus, es sei eine alte Sitte, immer über die Köpfe von Empörern hinwegzuschießen. Mir ist eine solche Sitte vollständig unbekannt, und ich weiß nicht, daß ein derartiger Gebrauch in der Armee existirt oder jemals existirt hat. (Ironischer Zuruf des Abgeordneten Bebel: Sehr schön!) Beim Gebrauch der Kriegswaffen handeln

wir streng nach dem Gesetz. Unsere Vorschriften sagen uns genau, in welcher Form und in welcher Art eingeschritten werden soll. Ob von der blanken Waffe, oder Schußwaffen Gebrauch gemacht werden soll, das zu entscheiden ist Sache des militärischen Befehlshabers. Wenn sich aber nun dieser entschließt, auf Grund der Gesetze und auf Grund seiner Verantwortung von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und dann über die Empörer hinwegschießt, so würde er vor ein Kriegsgericht gehören. (Beifall rechts.) Was den Erlaß betreffend die Anrufung des General-Kommandos bei der Unterdrückung von Unruhen anlangt, so ist dieser Erlaß veranlaßt durch einen Fall in Grüneberg in Schlesien, wo am 17. Januar 1898 eine Eskadron Ulanen requirirt worden war. Die Sache hat zu Korrespondenzen geführt und das General-Kommando hat in Anbetracht einer früheren Ordre bestimmt, daß in Fällen unmittelbarer Gefahr der Antrag direkt an die höchste Militärbehörde gerichtet werden soll. Das ist die ganze Sache. Der Abgeordnete Bebel hat dann eingehend über einen Erlaß gesprochen, der vor zwei Jahren von meinem Vorgänger, dem Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, ergangen sein soll. Da im „Vorwärts" bereits eine Notiz stand, daß die Angelegenheit zur Sprache kommen würde, so habe ich mich darüber orientirt. Ich habe nach dem Erlaß geforscht, aber ich bin außer Stande gewesen, ihn zu finden. (Heiterkeit rechts). Es kann außerdem nicht stimmen, daß ein Erlaß von dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinets zugleich gegengezeichnet ist. Der Abgeordnete Bebel hat die Versicherung abgegeben, daß die sozialdemokratische Partei niemals daran dächte, in Unruhen einzutreten oder Revolutionen zu beginnen. Wenn er das glaubt, dann möchte ich ihm doch rathen, sich die Protokolle des sozialdemokratischen Parteitages etwas genauer anzusehen; dann würde er sehen, daß eine Reihe von Parteigenossen und Genossinnen sich dahin ausgesprochen haben, daß unbedingt die Ziele der Sozialdemokratie revolutionäre bleiben müssen. Der Abg. Schönlank sagte ausdrücklich: Eine revolutionäre Taktik ist die einzig mögliche für die Sozialdemokratie. (Zuruf des Abg. Singer: Ist auch richtig!), und der Abg. Liebknecht sagte: Das Endziel der Sozialdemokratie ist die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine auf dem Parteitage gefallene Aeußerung will ich indessen noch erwähnen, der ich mich vollständig anschließen kann. Der Abgeordnete von Vollmar sagte: „Es ist nun seit zwei Tagen über die Endziele der Sozialdemokratie gesprochen worden. Ich habe die ganze Nacht mit dem Endziel gerungen und habe heute einen kolossalen Katzenjammer." (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Graf **von Posadowsky**: Die Behandlung der Ausweisungen durch den Abg. Bebel zeigt, wie bedenklich es ist, daß im Reichstage Dinge erörtert werden, die Landesangelegenheiten sind. Weder der Reichskanzler noch sein Stellvertreter ist in der Lage, von jeder einzigen Handlung eines einzelnen Verwaltungsbeamten eines Einzelstaats Kenntniß zu nehmen. Ich kann also nur anheimgeben, die Sache im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie wollen, werden die Herren (nach rechts) gewiß so freundlich sein, die Sache dort anzuregen. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Was das Freizügigkeitsgesetz anlangt, so ist darin sehr wohl ein Fall vorgesehen, in welchem Reichsangehörige aus einem Bundesstaat in einen andern ausgewiesen werden können. (Zuruf des Abg. Bebel: Darum handelt es sich gar nicht.) Jawohl, darum handelte es sich. (Zuruf des Abg. Singer: Nein, er sollte nicht aufgenommen werden.)

Der Abg. Bebel meint, die soziale Gesetzgebung wäre nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern sogar zurückgegangen. Ich kann nur wiederholen, daß das absolut unrichtig ist. Das Invaliditätsgesetz, das Ihnen vorgelegt werden wird, wird Ihnen den Beweis bringen, daß wir den Interessen der Arbeiter gerecht werden; auch die vielen Verordnungen, die sich auf den Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter beziehen, beweisen dasselbe. Wir haben solche Verordnungen erlassen für Arbeiter in Thonfabriken, wir haben an die verbündeten Regierungen das Ersuchen gerichtet, einer Anzahl Forderungen von Bauarbeitern in Bezug auf Sittlichkeit und Gesundheit Rechnung zu tragen durch Landes- oder Polizeiverordnungen. Eine allgemeine Bundesverordnung war hier nicht angebracht, weil die Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen zu verschieden sind. Es sind ferner vorbereitet Verordnungen zum Schutze der Arbeiter in Thomasschlackenfabriken, in Roßhaarspinnereien und in Zinkhütten. Der Bericht über die Beschäftigung der Gehilfen im Müllereigewerbe ist leider noch nicht fertiggestellt, er wird in diesen Tagen gedruckt werden und wird dann auch eine Verordnung zur Folge haben. Aber alle Forderungen können wir nicht auf einmal erfüllen, und das ist auch in keinem Staate der Fall. Der Abg. Bebel gab mir im vorigen Jahre den Rath, einmal das Buch des Ehepaares Webb zu lesen, ich habe mich über das Buch informirt und darin eine Stelle gefunden, die Herrn Bebel wohl nicht ganz angenehm ist. Es heißt da: „Die sozialistischen Kandidaten versprechen den Gewerkvereinen bereitwilligst eine systematische und vollständige Regelung aller Arbeiten, sie zeigen aber einen beklagenswerthen Mangel an Verständniß." Auf dem Stuttgarter Parteitag haben Sie das Endziel hinter dem Vorhang verschwinden lassen; ich bin aber überzeugt, Sie schlagen jetzt nur eine andere Taktik ein. Wenn Sie hinter den Vorhang nicht sehen lassen, so sind nur zwei Möglichkeiten vorhanden: entweder, Sie glauben, daß Ihre Genossen selbst vor diesem Medusenhaupt des Zukunftsstaats erschrecken werden (Lachen bei den Sozialdemokraten), oder es ist überhaupt nichts dahinter. (Heiterkeit rechts.) Nun hat der Abg. Bebel auch gegen meine Aeußerung protestirt, daß wir in Deutschland vollständig freiheitliche Zustände und ausreichende Rechtsgarantien haben. Aber wie denken denn die Herren, die sich hier gegen die Ausweisungspolitik gewandt haben, ihrerseits vorzugehen, wenn Sie einmal die Macht in Händen haben? In einem Artikel des „Vorwärts" heißt es darüber, im Zukunftsstaat sei es nothwendig, für einige Zeit alle anarchistischen Elemente — das sind Sie, meine Herren! (nach rechts) — die sich als Ruhestörer erweisen, an jeder ruhestörenden Thätigkeit zu hindern. Zu diesen anarchistischen Elementen rechnet der „Vorwärts" auch die „sogenannten Staatsmänner (Heiterkeit), die sich selbst für den Ausbund aller Weisheit, das Volk aber für blöde und unreif halten." Und dann wird gesagt, diese Leute sollen in einem abgelegenen Landestheil ihren Wohnsitz nehmen und unter dem Schutz humaner Gesetze behandelt werden. (Wer geheilt sei, könne wieder in den Staatsverband zurückkehren und werde von den Schwestern und Brüdern jubelnd empfangen. (Große Heiterkeit.) Sie (zu den Sozialdemokraten) kritisiren hier Ausweisungen, und Sie wollen in Ihrem Zukunftsstaat deutsche Staatsangehörige nach entfernten Ländern bringen. Ich fürchte, Sie haben dabei sogar etwas Kolonialpolitik getrieben. (Heiterkeit.) Daß wir in einem freiheitlichen Staat leben, dafür bieten Sie selbst doch den besten Beweis. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe hier Zeitungsausschnitte über den Bericht einer Rede eines Ihrer Reichstagskandidaten, der gesagt hat: Es werde erst besser, wenn die jetzige Gesellschaftsordnung von oben bis unten umgestürzt sei. Daher sei der Umsturz von oben bis unten zu erstreben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wer war das?)

Es war ein Herr Goerke aus Charlottenburg. Solche Dinge können in Deutschland öffentlich fortgesetzt gesagt werden. Die Herren bekennen sich selbst offen als Republikaner und sagen: Sobald wir die Macht haben, werden wir die Staatsordnung umstürzen. Auch Ihr Evangelist Marx hat ja erklärt: die neue Gesellschaft müsse den Kern der alten sprengen. Das ist Ihre Theorie, und wenn Sie jetzt scheinbar etwas vorsichtiger geworden sind, so ist das nicht innerliche Umkehr, sondern nur ein taktisches Mittel (Sehr richtig! rechts). Ich schließe damit: Wenn in einem Staat eine Partei bestehen kann wie die Sozialdemokratie, wenn sich diese Partei vereinigen kann, wenn sie ihr auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtetes Programm offen bekennen kann, dann kann man nicht sagen, daß wir in einem Staat leben, wo nicht freiheitliche Institutionen bestehen und wo nicht jeder Meinung ihr Recht wird. (Lebhafter Beifall rechts, im Centrum und bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Der Abg. Bebel hat eine Anzahl von Vorwürfen gegen meine Partei gerichtet, die auch schon sein Fraktionsgenosse von Vollmar erhoben hat. Der Abg. Bebel hat die Zustände bei uns so wenig rosig geschildert, daß ich beinahe die Ausgewiesenen beneide, die in diesem Staate nicht leben dürfen. Der Herr Staatssekretär dagegen hat ganz recht, wenn er darauf hinwies, daß schon die Existenz der Sozialdemokratie einen Beweis für die freien Institutionen unseres Staates wäre. Der Abg. Bebel hat uns dann gewissermaßen als Reichsschafe hingestellt. Nun, wir lassen auch die Bäume der Sozialdemokraten bestehen, in der sicheren Gewißheit, daß sie nicht in den Himmel wachsen.

Herr Bebel sprach auch von einem neuen Flottengründungsplan. Ich kann Herrn Bebel nur erwidern, daß mir und den übrigen Mitgliedern der Kommission ein solcher neuer Flottengründungsplan ganz unbekannt ist, nach den Erklärungen der Regierungsvertreter uns ganz unbekannt sein muß. Denn der Unterschied zwischen dem Flottenplan von 1897 und den andern besteht doch gerade darin, daß der von 1897 den Abschluß einer Aera von Versuchen und Experimenten bildet. Bis zum Beweise des Gegentheils halte ich es für eine blanke Unmöglichkeit, daß derselbe Staatssekretär, der den letzten Flottenplan gemacht hat, noch einen anderen ausgearbeitet haben sollte. Vielleicht hat der Herr Staatssekretär selbst die Güte, sich hierüber zu äußern. Die Sozialdemokraten stellen es dann so dar, als ob es in sozialdemokratischen Versammlungen unvergleichlich anständiger und in größerer Ordnung zugehe, als im Reichstage. Derartige Aeußerungen sollte man doch hier im Reichstage wenigstens nicht machen, wo so viele Männer sitzen, die im Redekampf mit Sozialdemokraten schon abgehärtet sind. Wir haben alle schon an unserem eigenen Leibe die Ordnung und den Anstand erfahren, die herrschen, wo sozialdemokratische Redner in Versammlungen sprechen. Denken Sie doch an die Verhandlungen vor dem Landgericht in Beuthen, wo eine ganze Anzahl von Sozialdemokraten wegen des Anstandes, den sie in öffentlichen Wahlversammlungen gezeigt hatten, verurtheilt worden sind. Ich habe eine ganze Anzahl von Aeußerungen sozialdemokratischer Redner in Wahlversammlungen hier vor mir liegen, in denen diese Redner nichts weniger als Anstand bewiesen haben. Einen Fall davon will ich erwähnen. In einer Wahlversammlung im Kreise Ratibor zog ein sozialdemokratischer Agitator, man vermuthet ein Berliner, einen Rosenkranz aus der Tasche und zeigte ihn den Wählern mit der Erklärung, das sei der Rosenkranz, den der Abg. Bebel täglich in seinem Gebete benutze (Stürmische Heiterkeit. Abg. Bebel klatscht in die Hände), damit sich Gott des armen Volkes erbarme und es aus seinem Elend erlöse. (Emeute große Heiterkeit.) In Bezug auf die Schuldentilgung muß ich die Ansichten des Grafen Limburg-Stirum bekämpfen. Früher hat der Graf Limburg derartige Gesetze niemals auch nur mit einem Worte bekämpft. Mit Recht hat ihn der Staatssekretär dabei zurückgewiesen. Dagegen muß ich dem Staatssekretär im Namen meiner politischen Freunde sagen: Bleiben Sie mit Ihrer Reichsfinanzreform vorläufig noch in Ihrem Reichsschatzamt! (Heiterkeit.) Auch muß man sich davor hüten, durch fortgesetzte neue Anleihen das Schuldentilgungsgesetz illusorisch zu machen. Herrn von Kardorff, der wieder die Sehnsucht nach einem Sozialistengesetz aussprach, möchte ich erwidern, daß man den unberechtigten Forderungen der Sozialdemokratie dadurch nicht entgegentreten kann, daß man ihre berechtigten Forderungen bekämpft und ihnen ihre Rechte nimmt. So wäre es eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn man die Berufsvereine verbieten wollte. Herr von Kardorff hat bei seiner Schilderung der landwirthschaftlichen Noth im Osten ganz vergessen zu erwähnen, daß man dort dem Invaliditätsgesetz geradezu ein Schnippchen geschlagen hat. (Widerspruch rechts.) Wir waren im vorigen Jahre sehr erstaunt, als man uns zumuthete, mit unseren Millionen der ostpreußischen Anstalt beizuspringen. Eine Statistik über die Herkunft der Wehrpflichtigen wünschen auch wir.

Die Abgg. v. Vollmar und Bebel haben in ihren Reden in Bezug auf meine Partei das gethan, wovor sie ihr Fraktionsgenosse Auer gewarnt hat, sie sind nämlich unter die Propheten gegangen, und vermuthlich wird es auch von ihnen heißen: Prächtige Kerls, aber schlechte Propheten! (Heiterkeit.) Alle Ihre (zu den Soz.) Versuche, uns über unsere Stellung zu den Regierungsvorlagen vor gründlicher Prüfung derselben Aeußerungen zu entlocken, werden eitel sein und bleiben. Niemand wird von uns vor der ersten Berathung der Heeresvorlage hier eine Erklärung abgeben. Wir haben die Gewohnheit, die Dinge zu prüfen und erst nach reichlicher Ueberlegung unsern Standpunkt darzulegen. Die Prophezeiung, daß das Centrum die Stellung der National-Liberalen einnehmen wird, werden wir wohl ebenso gründlich zu Schanden machen, wie die frühere Prophezeiung, daß wir bei den Wahlen eine Niederlage erleiden würden. Wir sind verstärkt zurückgekommen, und wenn jemand sich auf einer abschüssigen Ebene befindet, dann ist es eine ganz andere Partei.

Wir werden stets mitarbeiten an des Landes Wohlfahrt. Ihren Verlockungen und Ihren Anklagen werden wir kein Gehör schenken, wenn wir einmal in einem besonderen Falle für des Reiches Ehre und Größe, für des Staates Wohlfahrt mit den verbündeten Regierungen Hand in Hand gehen. Dabei werden wir uns unsere Selbständigkeit gegenüber der Regierung durchaus wahren, und von der Regierung, glaube ich, wird niemand darüber im Zweifel sein, was das Centrum heute noch kann und was es in Zukunft noch können wird.

Die Darlegungen meines Freundes Fritzen über unsere Stellung zur Protektoratsfrage im Orient haben da und dort manchen Widerstand und Empfindlichkeit hervorgerufen. Ein italienisches Blatt hat geglaubt, der Abgeordnete Fritzen sei für das, was er in Bezug auf diese Frage im Reichstag geäußert, der gesammten katholischen Welt Genugthuung schuldig. Ich habe zu erklären, daß der Abgeordnete Fritzen alles das, was er über die Protektoratsfrage hier von der Rednertribüne des deutschen Reichstags gesagt hat, im einmüthigen Einverständniß mit seinen politischen Freunden gesagt hat. (Beifall im Centrum.) Wir sind überzeugt, daß hier das, was der Abgeordnete Fritzen in unserm Einverständniß, ja — ohne seiner Initiative zu nahe zu treten, darf ich sagen: in unserm Auftrage erklärt hat, Niemand in der katholischen Welt Genugthuung fordern kann und wird. Die Herrschaften müssen sich eben daran gewöhnen, daß wir deutschen Katholiken uns nicht bieten lassen, was keinem französischen, keinem italienischen, keinem irischen und keinem amerikanischen Katholiken geboten wird. Wir sind ebenso deutsch, wie wir katholisch sind, wir sind aber auch genau so katholisch, wie wir deutsch sind. Darum geben wir uns der Hoffnung hin, daß man uns endlich auch in Deutschland als vollbürtige Deutsche behandeln wird, daß man uns auch in Deutschland schützen und in unseren Rechten nicht mehr kränken wird. Die Zeiten sind zu unserer Befriedigung vorüber, da ein preußischer Kultusminister offen bekennen mußte, man glaube uns nichts mehr. Die Rückkehr des Vertrauens ist da, und wir hoffen, diese Rückkehr des Vertrauens zu unserer guten deutschen Gesinnung wird endlich dahin führen, daß man uns auch nach unserer Religion frei und unbehindert im Vaterlande leben und sterben läßt. Ich will den Punkt näher bezeichnen, in dem uns die Befriedigung noch fehlt. Die Monarchen sind sterblich, die Minister wechseln mit den Jahreszeiten (Heiterkeit), Parlamentsmehrheiten kommen und gehen — der einzige ruhende Punkt in der Erscheinung Flucht ist der — Geheimrath. (Große Heiterkeit.) Wenn die Herren Minister und die Parlamentsmehrheiten die Geheimräthe einmal zur Ordnung gerufen haben werden, dann wird auch für die deutschen Katholiken im Lande der Tag der Ruhe angebrochen sein. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Die sachliche Rede des Abg. von Vollmar stach sehr ab von der leidenschaftlichen Art, wie die Sozialdemokraten sonst zu reden pflegen, und auch der Abg. Bebel hat sich einer weisen Mäßigung befleißigt. Das, was Herr von Vollmar über die Abrüstung gesagt hat, kann ich nicht unterschreiben. Wenn man sieht, wie Rußland fortgesetzt gegen England rüstet, so muß man, wenn man Sinn für Humor sagt, sagen, der Zar ist ein Humorist, wenn er in diesem Augenblick sein Manifest erläßt. Deutschland das nobile officium zuzuschreiben, mit der Abrüstung den Anfang zu machen, heißt doch nichts Anderes, als das Vaterland wehrlos machen. Was die Ausweisungen betrifft, so meine ich, wir sollten zeigen, daß wir Herr im Hause sind. Herr Bebel müßte doch die Leute beglückwünschen, daß sie aus einem Lande mit so abscheulichen Zuständen ausgewiesen sind. In seiner Verurtheilung der Attentate steht Herr Bebel in Widerspruch zu Autoritäten innerhalb seiner Partei und zu früheren Aeußerungen von ihm selbst, ich erinnere nur an seine Ansichten über die Pariser Kommune. Wir haben keine Veranlassung, zu wünschen, daß der große Kladderadatsch noch in den kommenden Weihnachtsferien hereinbricht (Heiterkeit). Mit den Schriftstücken, die Herr Bebel produzirt hat, hat Herr Bebel wenig Glück gehabt, es scheint fast, als ob irgend ein Witzbold die Schriftstücke für ihn fabrizirt (Heiterkeit). Darin stimme ich mit Herrn von Vollmar überein, daß der schlimmste Internationalismus der des ausbeutenden Kapitals ist, aber er vergaß hinzuzufügen, daß das Kapital hauptsächlich in Händen des Judenthums ist. Ein neues Sozialistengesetz halte ich für den gefährlichsten Weg, es giebt andere Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. So kann man z. B. durch Annahme unseres Antrages auf Einführung der Reichstagswahlpflicht erreichen, daß die Sozialdemokraten weniger zahlreich hier im Hause vertreten sind. Ganz verschwinden lassen möchte ich die Sozialdemokraten nicht eher, als bis die Ursachen der Sozialdemokratie beseitigt sind. Hand in Hand mit der Wahlpflicht müßte die Gewährung von Diäten gehen. Weiter wünschen wir eine allgemeine Volksversicherung an Stelle des jetzigen Invaliditätsgesetzes. Auf dem Gebiet der Gewerbeordnung fordern wir vor Allem, daß der Lehrlingszüchterei ein Ende gemacht wird. Mit großer Freude haben wir davon Kenntniß genommen, daß das Koalitionsrecht nicht angetastet werden soll. Die Regierung muß beweisen, daß die jetzigen Gesetze nicht ausreichen, und sie muß hinreichendes Material dafür beibringen. Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern lassen sich mildern; will man das aber, dann muß man eine Organisation im Großen anstreben. Deshalb bedauern wir es, daß die Regierung dem Gesetz betr. die Berufsvereine nicht näher getreten ist. Das Bankgesetz soll die „bewährten Grundlagen" unseres Bankwesens nicht berühren, wie seitens der Regierung gesagt ist, aber die Ansichten darüber sind getheilt; wir glauben, daß vor Allem die Reichsbank verstaatlicht werden muß. Auch die Wohnungsfrage wird bei Berathung dieses Gesetzes angeschnitten werden müssen. Mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten wird die Zufriedenheit gesteigert. Gute Finanzen, Zufriedenheit im Innern und ein starkes Heer thun uns noth. Von den Lasten, die das Heer auferlegt, trägt die deutsche Landwirthschaft die meisten. Die Zeichen der Zeit sind ernst, aus den Friedensschalmeien hören feine Sinne schon die Kriegstrompete heraus; Sicherheit finden wir nur bei uns. Ich richte an die Parteien die Bitte, in die Militärvorlage analog der Flottenvorlage die Klausel aufzunehmen, daß im Falle des Sinkens der Reichseinnahmen die nöthigen Mittel nicht durch Belastung der schwächeren Schultern geschafft werden. Redner spricht sich ferner für eine vermehrte Fürsorge für die Militärinvaliden und für allgemein direkten Einkauf beim Produzenten zur Befriedigung der Heeresbedürfnisse aus. Ferner ist ein Schutz der Landwirthschaft gegen die ausländische Zufuhr nothwendig, da es sich dabei noch oft um schlechte Produkte handelt. So hat uns Amerika wiederholt gepökeltes Pferdefleisch gesandt. In einem Bericht über den amerikanischen Handel finden sich Rezepte, wie man aus krepirten Schweinen ein geruchloses, schmackhaftes Schmalz gewinnt. Das ist doch sehr bedenklich. Das Fleischschangesetz muß erst unter Dach gebracht werden, ehe wir einen Handelsvertrag mit Amerika abschließen. In unseren Schutzgebieten muß der Assessorismus beseitigt werden, auch dürfte sich die Schaffung eines selbstständigen Kolonialamtes empfehlen. Der internationale gefährliche Kapitalismus, von dem Herr von Vollmar sprach, ist noch immer am Werke, um die Völker auszubeuten. Durch das jüdische Kapital wird das deutsche Volk ganz ungeheuerlich in seinem Erwerb beeinträchtigt. Es muß im Interesse Aller, die in einem Rechtsstaate leben wollen, festgestellt werden, ob in Deutschland alle der Obrigkeit unterthan sein müssen mit Ausnahme der Börse! Die Riesenbazare und der unlautere Wettbewerb blühen, aber das Börsengesetz wird nicht beachtet. Den Amerikanern imponirt man nicht durch Entgegenkommen. Aber die heutige Diplomatie scheint da warme Umschläge anzuwenden, wo Bismarck kalte Wasserstrahlen applizirte. Denken Sie an die Rede des Grafen Thun. Die Deutschen in Oesterreich kämpfen einen Verzweiflungskampf. Ich glaube nicht, daß ein Oesterreich unter nichtdeutscher Führung noch ein begehrenswerther Bundesgenosse ist. Das ganze Deutschland soll es sein, vom Belt bis zur Etsch.

Hierauf wird ein von den Abgg. Graf Hompesch (Ctr.), Graf Limburg-Stirum und Richter (fr. Vp.) gestellter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und dadurch um 6 Uhr dem Abg. Sattler (nl.) das Wort abgeschnitten.

Die wichtigsten Theile des Etats werden in üblicher Weise an die Budget-Kommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 10. Januar 1899, 2 Uhr. Tagesordnung: Endgiltige Präsidentenwahl, Rechnungssachen, Vertrag mit den Niederlanden, Interpellation von Wangenheim betreffend die Fleischnoth.

Präsident Graf **von Ballestrem** schließt die Sitzung mit den Worten: Ich wünsche Ihnen vergnügte Feiertage und hoffe Sie am 10. Januar recht zahlreich wiederzusehen. Schluß 6 Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß in Karlsruhe.